



Unvereinbarkeitsgesetz * (UG)

Vom 29. November 1983 (Stand 1. April 2020)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf §§ 69 Abs. 3 und 4, 130 Abs. 2 und 132 Abs. 2 der Kantonsverfassung,

beschliesst:

1. Verwandtenausschluss

§ 1 Verwandtschaft in ausschliessendem Grade

¹ Verwandte und Verschwägte bis und mit dem 2. Grade, Ehegatten, eingetragene Partner sowie Ehegatten und eingetragene Partner von Geschwistern dürfen nicht Mitglieder der gleichen Behörde sein. *

² Der gleiche Verwandtenausschluss gilt auch zwischen

- a) Regierungsräten und Staatsschreiber,
- b) * ...
- c) * ...
- d) * Departementsvorstehern und ihnen unmittelbar unterstellten Mitarbeitern des Kantons,
- e) Richtern und Gerichtsschreibern sowie deren Stellvertretern,
- f) * Mitgliedern des Gemeinderates und der Finanzkommission,
- g) * Gemeindeammann und Gemeindeschreiberin oder Gemeindeschreiber sowie der Stellvertreterin oder des Stellvertreters.

³ Die Auflösung der Ehe oder der eingetragenen Partnerschaft hebt den Ausschlussgrund der Schwägerschaft nicht auf. *

⁴ Der Grosse Rat kann in Härtefällen Ausnahmen bewilligen.

§ 1a * Personenbezeichnungen

¹ Die in diesem Gesetz verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

§ 2 Behörden

¹ Behörden im Sinne dieses Gesetzes sind die Kollegialorgane mit Entscheidungsbe-
fugnissen, ausgenommen der Grosse Rat und der Einwohnerrat.

§ 3 Vorgehen bei Verwandtenausschluss

¹ Werden bei einer Gesamterneuerungswahl im ersten Wahlgang Verwandte in aus-
schliessendem Grade in die gleiche Behörde gewählt und erklären diese die Annah-
me der Wahl, so gilt diejenige Person als gewählt, die am meisten Stimmen auf sich
vereinigt hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

² Wird in einem nachfolgenden Wahlgang oder in einer Ersatzwahl eine mit einem
Mitglied in ausschliessendem Grade verwandte Person in die gleiche Behörde ge-
wählt, so kann sie das Amt nur ausüben, wenn das Mitglied auf sein Amt verzichtet.

³ Bei einem Verwandtschaftsverhältnis gemäss § 1 Abs. 2 gilt das übergeordnete
Behördenmitglied als gewählt, es sei denn, dieses verzichte ausdrücklich auf die wei-
tere Ausübung seines Amtes.

2. Weitere Unvereinbarkeiten

§ 4* Grosser Rat

¹ Dem Grossen Rat können nicht angehören:

- a) Personen, die in einem öffentlichrechtlichen Dienstverhältnis des kantonalen
Rechts stehen; ausgenommen sind die Lehrkräfte der Volksschule, die Aus-
hilfsmitarbeiter, die Praktikanten sowie die in Teilzeit angestellten Mitarbeiter
mit einem Pensum von 20 % und weniger,
- b)* ...
- c)* Mitglieder des Obergerichts, des Spezialverwaltungsgerichts, des Justizge-
richts sowie der Bezirksgerichte.

§ 5 Verwaltungsbehörden

a) Gemeinderat

¹ Das Amt als Gemeinderätin oder Gemeinderat sowie die Tätigkeit der Gemeindegemeinschaftsleiterin oder des Gemeindegemeinschaftsleiters und deren Stellvertreterin beziehungsweise dessen Stellvertreters können nicht gleichzeitig ausüben: *

- a) die Mitglieder des Regierungsrates und der Staatsschreiber,
- b) * die hauptamtlichen Mitglieder des Obergerichts, des Spezialverwaltungsgerichts und der Bezirksgerichte, die Präsidentinnen und Präsidenten der Schlichtungsbehörden für Miete und Pacht sowie die hauptamtlichen Fachrichterinnen und Fachrichter des Kindes- und Erwachsenenschutzes,
- b^{bis}) * die nebenamtlichen Mitglieder der Bezirksgerichte, wenn die betreffende Gemeinde im selben Bezirk liegt,
- c) * die Friedensrichterin und der Friedensrichter, wenn die betreffende Gemeinde im selben Friedensrichterkreis liegt.

² Mit dem Amt eines Mitgliedes des Gemeinderates sind zusätzlich nicht vereinbar die Tätigkeit als Leiterin oder Leiter Finanzen sowie Arbeitsverhältnisse von Mitarbeitenden der Gemeinde und von unselbstständigen öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten mit einem Pensum von mehr als 20 %. *

§ 6 * b) Finanzkommission

¹ Die Mitglieder der Finanzkommission dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderates, Mitarbeitende der Gemeinde oder von unselbstständigen öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten sein. Die Führung des Aktuariats durch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter ist zulässig. *

§ 7 c) Schulbehörden

¹ Die gleiche Person darf nicht gleichzeitig Mitglied von Schulbehörden sein, die einander unter- oder übergeordnet sind.

² Die Mitglieder des Erziehungsrates dürfen keiner anderen Schulbehörde angehören.

³ Die Unvereinbarkeit gilt nicht für den Vorsteher des Erziehungsdepartementes ¹⁾, soweit er anderen Schulbehörden von Amtes wegen angehört.

⁴ Die Lehrer aller Stufen, eingeschlossen die Hilfslehrer ²⁾, dürfen nicht Mitglieder der ihnen unmittelbar vorgesetzten Schulbehörde sein.

§ 8 Richterliche Behörden

¹ Friedensrichterinnen und Friedensrichter dürfen kein anderes richterliches Amt ausüben. *

¹⁾ Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport

²⁾ Heute: Fachlehrer und Lehrbeauftragte

² Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung dürfen weder dem Verwaltungsgericht noch dem Spezialverwaltungsgericht angehören. Mitglieder des Spezialverwaltungsgerichtes dürfen nicht dem Verwaltungsgericht angehören. *

^{2bis} Richterinnen und Richter des Justizgerichts dürfen keinem anderen Gericht im Kanton angehören. *

³ Anderen Gerichten dürfen die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung als nebenamtliche Richterinnen und Richter nur dann nicht angehören, wenn sich Interessenkollisionen ergeben könnten. *

3. Schlussbestimmungen

§ 9 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind alle ihm widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere

- a) § 12 des Gesetzes über die Organisation des Obergerichtes vom 22. Dezember 1852 ¹⁾,
- b) § 12 des Gesetzes über die Organisation der Bezirksgerichte vom 22. Dezember 1852 ²⁾,
- c) § 3 des Gesetzes über die Einrichtung der Bezirksamter vom 16. März 1854 ³⁾,
- d) § 13 Abs. 4 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vom 6. September 1937 ⁴⁾,
- e) Verordnung über den Verwandtenausschluss, die Unvereinbarkeit und den Austritt in den Schulbehörden vom 17. September 1943 ⁵⁾,
- f) § 11 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 9. Juli 1968 ⁶⁾,
- g) § 2 des Dekretes über die Organisation und Geschäftsführung des Regierungsrates und seiner Departemente (Organisationsdekret) vom 17. März 1969 ⁷⁾,
- h) § 21 des Gesetzes über die Aargauische Kantonalbank vom 3. Juli 1973 ⁸⁾,
- i) §§ 41 und 47 Abs. 2 des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (Gemeindengesetz) vom 19. Dezember 1978 ⁹⁾.

¹⁾ AGS Bd. 1 S. 94; aufgehoben (AGS Bd. 12. S. 290).

²⁾ AGS Bd. 1 S. 105; aufgehoben (AGS Bd. 12 S. 290).

³⁾ AGS Bd. 1 S. 121; aufgehoben (AGS Bd. 11 S. 475).

⁴⁾ AGS Bd. 2 S. 613; aufgehoben (AGS Bd. 14 S. 189).

⁵⁾ AGS Bd. 3 S. 265

⁶⁾ AGS Bd. 7 S. 199; aufgehoben (AGS 2008 S. 375)

⁷⁾ AGS Bd. 7 S. 229; aufgehoben (AGS Bd. 11 S. 576; Bd. 14 S. 421).

⁸⁾ AGS Bd. 8 S. 593; aufgehoben (AGS 2001 S. 126)

⁹⁾ SAR [171.100](#)

§ 10 Änderung bisherigen Rechts

¹ Das Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesezt) vom 19. Dezember 1978 ¹⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

§ 11 Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz wird nach der Annahme durch das Volk vom Regierungsrat in Kraft gesetzt und in der Gesetzessammlung publiziert.

² Die Behörden und die Beamten beenden die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes laufende Amtsperiode nach bisherigem Recht.

§ 12* Übergangsrecht

¹ Personen, die unter die Unvereinbarkeitsregelung von § 5 Abs. 2 dieses Gesetzes fallen und in der Amtsperiode 2002/05 Mitglied des Gemeinderates waren, können für die Amtsperiode 2006/09 wieder gewählt werden.

Aarau, den 29. November 1983

Präsident des Grossen Rates
HÜSSY

Staatsschreiber
i.V. SALM

Angenommen in der Volksabstimmung vom 20. Mai 1984.

Inkrafttreten: 1. Juli 1984 ²⁾

¹⁾ SAR [171.100](#)

²⁾ RRB vom 28. Mai 1984 (AGS Bd. 11 S. 217).

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
11.01.2005	01.08.2005	§ 1 Abs. 2, lit. d)	geändert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 1a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 4	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 5 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 5 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 6	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 8 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 199
11.01.2005	01.08.2005	§ 12	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
20.03.2007	01.01.2008	§ 1 Abs. 1	geändert	AGS 2007 S. 317
20.03.2007	01.01.2008	§ 1 Abs. 3	geändert	AGS 2007 S. 317
04.12.2007	01.01.2009	§ 8 Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 355
16.03.2010	01.01.2013	§ 1 Abs. 2, lit. b)	aufgehoben	AGS 2010/5-3
16.03.2010	01.01.2013	§ 1 Abs. 2, lit. c)	aufgehoben	AGS 2010/5-3
16.03.2010	01.01.2013	§ 4 Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	AGS 2010/5-3
16.03.2010	01.01.2013	§ 5 Abs. 1, lit. c)	geändert	AGS 2010/5-3
21.09.2010	01.07.2011	§ 1 Abs. 2, lit. f)	geändert	AGS 2011/3-8
21.09.2010	01.07.2011	§ 1 Abs. 2, lit. g)	geändert	AGS 2011/3-8
21.09.2010	01.07.2011	§ 5 Abs. 1	geändert	AGS 2011/3-8
21.09.2010	01.07.2011	§ 5 Abs. 2	geändert	AGS 2011/3-8
06.12.2011	01.01.2013	§ 4 Abs. 1, lit. c)	geändert	AGS 2012/5-2
06.12.2011	01.01.2013	§ 5 Abs. 1	geändert	AGS 2012/5-2
06.12.2011	01.01.2013	§ 5 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2012/5-2
06.12.2011	01.01.2013	§ 5 Abs. 1, lit. c)	geändert	AGS 2012/5-2
06.12.2011	01.01.2013	§ 8 Abs. 1	geändert	AGS 2012/5-2
06.12.2011	01.01.2013	§ 8 Abs. 2	geändert	AGS 2012/5-2
06.12.2011	01.01.2013	§ 8 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	AGS 2012/5-2
06.03.2018	01.01.2019	§ 5 Abs. 2	geändert	AGS 2018/7-3
06.03.2018	01.01.2019	§ 6 Abs. 1	geändert	AGS 2018/7-3
17.09.2019	01.04.2020	Erlasstitel	geändert	AGS 2020/1-05
17.09.2019	01.04.2020	§ 5 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2020/1-05
17.09.2019	01.04.2020	§ 5 Abs. 1, lit. b ^{bis})	eingefügt	AGS 2020/1-05
17.09.2019	01.04.2020	§ 5 Abs. 1, lit. c)	geändert	AGS 2020/1-05

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlasstitel	17.09.2019	01.04.2020	geändert	AGS 2020/1-05
§ 1 Abs. 1	20.03.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 317
§ 1 Abs. 2, lit. b)	16.03.2010	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2010/5-3
§ 1 Abs. 2, lit. c)	16.03.2010	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2010/5-3
§ 1 Abs. 2, lit. d)	11.01.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 199
§ 1 Abs. 2, lit. f)	21.09.2010	01.07.2011	geändert	AGS 2011/3-8
§ 1 Abs. 2, lit. g)	21.09.2010	01.07.2011	geändert	AGS 2011/3-8
§ 1 Abs. 3	20.03.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 317
§ 1a	11.01.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
§ 4	11.01.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
§ 4 Abs. 1, lit. b)	16.03.2010	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2010/5-3
§ 4 Abs. 1, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-2
§ 5 Abs. 1	21.09.2010	01.07.2011	geändert	AGS 2011/3-8
§ 5 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-2
§ 5 Abs. 1, lit. b)	11.01.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 199
§ 5 Abs. 1, lit. b)	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-2
§ 5 Abs. 1, lit. b)	17.09.2019	01.04.2020	geändert	AGS 2020/1-05
§ 5 Abs. 1, lit. b ^{neu})	17.09.2019	01.04.2020	eingefügt	AGS 2020/1-05
§ 5 Abs. 1, lit. c)	16.03.2010	01.01.2013	geändert	AGS 2010/5-3
§ 5 Abs. 1, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-2
§ 5 Abs. 1, lit. c)	17.09.2019	01.04.2020	geändert	AGS 2020/1-05
§ 5 Abs. 2	11.01.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 199
§ 5 Abs. 2	21.09.2010	01.07.2011	geändert	AGS 2011/3-8
§ 5 Abs. 2	06.03.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-3
§ 6	11.01.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199
§ 6 Abs. 1	06.03.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-3
§ 8 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-2
§ 8 Abs. 2	11.01.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 199
§ 8 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-2
§ 8 Abs. 2 ^{neu}	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/5-2
§ 8 Abs. 3	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 355
§ 12	11.01.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 199